



**FRIEDRICH NAUMANN
STIFTUNG** Für die Freiheit.

SO GEHT AUFSCHWUNG

Impulse für eine liberale Wachstumsagenda

Ein Policy-Paper von Prof. Dr. Justus Haucap

**SO GEHT
AUFSCHWUNG** 

Impressum

Herausgeberin

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit
Truman-Haus
Karl-Marx-Straße 2
14482 Potsdam-Babelsberg

🌐/freiheit.org

📘/FriedrichNaumannStiftungFreiheit

📺/FNFreiheit

📷/stiftungfuerdiefreiheit

Autor

Prof. Dr. Justus Haucap,
Gründer und Direktor
der Düsseldorf Competition Economics GmbH
sowie Direktor des Düsseldorfer Instituts
für Wettbewerbsökonomie (DICE)
an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf.

Redaktion

Dr. Dirk Assmann,
Liberales Institut

Marco Mendorf,
Fachbereich Politische Bildung

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

Kontakt

Telefon +49 30 220126-34

Telefax +49 30 690881-02

E-Mail service@freiheit.org

Stand

Dezember 2024

Hinweis zur Nutzung dieser Publikation

Diese Publikation ist ein Informationsangebot der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit. Die Publikation ist kostenlos erhältlich und nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf nicht von Parteien oder von Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden (Bundtags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie Wahlen zum Europäischen Parlament).

Lizenz

Creative Commons (CC BY-NC-ND 4.0)

ISBN

978-3-948950-55-2

Inhalt

VORWORT	4
EINLEITUNG	6
1 ARBEITSANGEBOT STÄRKEN – STRUKTURREFORMEN EINLEITEN	7
Warum Wachstum?.....	7
Die deutsche Wirtschaft krankt an ihrer Struktur	8
2 STEUERN SENKEN, WACHSTUM STÄRKEN, KEINE SCHULDEN MACHEN	10
Die Unternehmenssteuern sollten gesenkt werden	11
Und: Arbeit muss auch über das Renteneintrittsalter hinaus lohnend sein	11
Starker Staat nur mit „soliden Staatsfinanzen“	11
Die Schuldenbremse verhindert das völlige Ausufern staatlicher Aktivitäten	11
Strukturreformen: Was ist zu tun?.....	12
3 ENERGIE UND KLIMASCHUTZ BEZAHLBAR MACHEN	13
Ausweitung des Stromangebotes ist nötig	13
Was ist zu tun?	14
Investitionen in Klimaschutz sind erforderlich.....	15
4 MEHR LUST AUF DEN JOB – ARBEITSMARKT ATTRAKTIVER GESTALTEN	15
Arbeit attraktiver machen.....	16
Digitalisierung: Potenzial für Arbeitsangebot	16
Flexibler Arbeitsmarkt fördert Angebot.....	16
5 STARTUPS STÄRKER FÖRDERN – FREUDE AM GRÜNDEN WECKEN	17
Warum fällt Deutschland zurück?	16
Deutschland muss wieder Gründernation werden.....	16
6 EINFACH MACHEN – BÜROKRATIE KONSEQUENT ABBAUEN	19
Gesetze und Verordnungen: aussetzen oder abschaffen!.....	19
Wie kommt es zu diesem unaufhörlichen Bürokratie-Wachstum?.....	20
Wie lässt sich Bürokratie reduzieren?.....	20
7 VON DEN BESTEN LERNEN!	21
Beispiel Niederlande: Qualifizierte Fachkräfte aus dem Ausland gewinnen	21
Beispiel Estland: Bildung so früh wie möglich – individuell und flexibel.....	22
Beispiel Skandinavien: Bauen und Wohnen kann günstiger sein	22
ÜBER DEN AUTOR	24

Vorwort

Während sich andere Industrienationen seit 2020 zügig von Corona erholt haben, stagniert bzw. schrumpft Deutschland. Es geht dabei nicht um ein Luxusproblem. Zugegeben, Deutschland ist im internationalen Vergleich noch immer ein wohlhabendes Land, aber es genügen nur zwei Jahrzehnte einer schwachen Wirtschaftsdynamik, um dramatisch an Boden zu verlieren – im Vergleich zu den Wettbewerbern auf den Weltmärkten. So sorgt ein Abstand zur Konkurrenz von gerade mal zwei Prozentpunkten in der jährlichen Wachstumsrate nach 20 Jahren im Ausland für ein Niveau der Wertschöpfung und Pro-Kopf-Einkommen, das um die Hälfte höher liegt als im Inland. Schnell kann dann ein Teufelskreis entstehen: Junge qualifizierte Arbeitskräfte wandern ab, innovative Unternehmen suchen sich neue boomende Standorte außerhalb des Landes, neues technisches Wissen entsteht anderswo.

Noch ist dies ein düsteres Zukunftsszenario, aber es kann Wirklichkeit werden, wenn nicht gegengesteuert wird. Auch die Demokratie kann durch wirtschaftliche Stagnation und Schrumpfung in Gefahr geraten: Lässt sich der eigene Wohlstand nur mehr dadurch erhöhen, dass man anderen etwas wegnimmt, verschärfen sich die Verteilungskonflikte in einem zunehmend giftigen politischen Klima. Der Aufstieg des Rechtspopulismus ist in dieser Hinsicht wie ein Wetterleuchten: Ob berechtigt oder nicht, viele Menschen fühlen sich „abgehängt“, also nicht mehr Teil eines optimistischen Zeitgeists, der ihnen positive Lebenschancen und -perspektiven bietet.

Krisen der wirtschaftlichen Stagnation hat es in der Geschichte der Bundesrepublik bisher eigentlich nur zwei Mal gegeben: Nach dem Wachstumsschub der beiden Nachkriegsjahrzehnte kamen in den siebziger und frühen achtziger Jahren die beiden Ölkrisen – mit hoher Arbeitslosigkeit, Haushaltsdefiziten, Inflation und Rezession; und um die Jahrtausendwende – nach Auslaufen des Booms der deutschen Vereinigung – wurde Deutschland der „kranke Mann Europas“ (The Economist), mit Stagnation und steigender Arbeitslosigkeit. Beide Male kam es nach langem Zögern zu tiefgreifenden Reformen: in den achtziger Jahren zu einer Wende zur Wachstumspolitik mit fiskalischer Konsolidierung, in den 2000er Jahren zu den sogenannten Hartz-IV-Reformen am Arbeitsmarkt und im Sozialstaat. Beide Male – 1983 und 2005 – kam es auch zu vorzeitigen Neuwahlen und einem Wahlkampf, der stark von wirtschaftlichen Themen dominiert war. Beide Male erwies sich Deutschland als reformfähig und kehrte nach politischen Turbulenzen zu einem Wachstumskurs zurück. Es sind historische Augenblicke von überragender Bedeutung, auch für die Zukunft der Demokratie. Nur wenn sich das Establishment der demokratischen Parteien als lernfähig erweist, gibt es eine Chance der Rückkehr zur wirtschaftlichen Dynamik mit politischer Stabilität.

So muss es auch diesmal sein. Dafür braucht es aber ein wirtschafts- und finanzpolitisches Programm, das eine Perspektive schafft. Im Jahr 1982 war dies das legendäre „Lambsdorff-Papier“ der FDP, das mit einer gewissen konsequenten Radikalität die Rückkehr zu einem Ordnungsrahmen verlangte, in dem sich private Investitionen und Innovationen lohnten – bei gleichzeitiger Sanierung des Haushalts. Es war gewissermaßen der „Weckruf“ zurück zur sozialen Marktwirtschaft, die mehr als 30 Jahre zuvor den Grundstein für den wirtschaftlichen Wiederaufstieg Deutschlands und die Stabilisierung seiner jungen Demokratie gewährleistet hatte.

Heute – mehr als vier Jahrzehnte später – ist die Situation ähnlich, vielleicht sogar noch deutlich dramatischer, weil heute die Wachstumsflaute der deutschen Wirtschaft sich im Vergleich zu anderen Industrienationen noch viel stärker abzeichnet. Diesmal hat der FDP-Parteivorsitzende Christian Lindner mit seinem Papier „Wirtschaftswende Deutschland – Konzept für Wachstum und Generationengerechtigkeit“ eine Diagnose der Lage vorgelegt, die an Klarheit nichts zu wünschen übriglässt. Auffallend dabei, dass die Resonanz in Kreisen der Wirtschaft und Wissenschaft überaus positiv war, vielleicht noch uneingeschränkter positiv, als dies seinerzeit bei Lambsdorff der Fall war. Auch dies liegt wohl am internationalen Vergleich, der heutzutage noch viel verheerender für Deutschland ausfällt als Anfang der achtziger Jahre.

„It's the economy, stupid!“ Dieser Satz, geprägt 1992 im Präsidentschaftswahlkampf des Teams von Bill Clinton, ist längst zu einem geflügelten Wort in Kampagnen geworden. Er trifft zur Bundestagswahl in Deutschland 2025 mehr denn je zu, und zwar in einem viel ernsteren und tieferen Sinn, als er damals von den demokratischen Protagonisten in den Vereinigten Staaten gemeint war. Heute stehen wir wirklich an einer Wegegabelung der Geschichte: Entweder Deutschland findet durch kluge Politik mit seiner Wirtschaft zurück auf einen dynamischen Kurs des Wachstums oder es landet in der ökonomischen Mittelmäßigkeit, die auf Dauer sogar zu einer Gefahr für die Stabilität der Demokratie werden könnte. Dabei geht es nicht nur um Deutschland, sondern auch um Europa. Gewählt wird immerhin in der bevölkerungsreichsten Nation der Europäischen Union, gelegen in der Mitte Europas mit Landgrenzen zu neun (!) Nachbarnationen, tief integriert in die europäische Wirtschaft, den Welthandel und die internationalen Kapitalmärkte, das Ankerland der Währungsstabilität in der Eurozone und die geopolitisch gewichtigste Nation des Kontinents mit Blick auf die Sicherheitslage in Mittel- und Osteuropa nach der „Zeitenwende“ durch Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine.

Nur mit einer Wirtschaft, die wieder dynamisch wächst, wird Deutschland all die anstehenden Aufgaben bewältigen können – bis hin zu der überragenden sicherheits- und geopolitischen Herausforderung, die mit einem Rückzug des neuen amerikanischen Präsidenten Donald Trump aus der Hilfe für die Ukraine verbunden sein könnte. Es geht um sehr viel: „It's the economy, stupid!“

Prof. Justus Haucap zeigt in seinem Policy Paper „So geht Aufschwung: Impulse für eine liberale Wachstumsagenda“ für die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, was in der aktuellen Situation aus ökonomischer Sicht geboten ist, um die wirtschaftliche Lage in Deutschland zu verbessern. Er fordert eine echte Renaissance der Angebotspolitik – mit Strukturreformen, Steuererleichterungen und Bürokratieabbau auf allen Ebenen. Nur wenn Deutschland seine Standortbedingungen signifikant verbessert, kann unser Land wieder auf seinen einstigen Wachstumspfad zurückkehren.

Ich wünsche Ihnen viel Spaß beim Lesen!



Prof. Dr. Dr. h.c. Karl-Heinz Paqué,
Vorsitzender des Vorstands
der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

Einleitung

Deutschland steht wirtschaftlich vor großen Herausforderungen: Wir haben seit fünf Jahren so gut wie kein Wachstum mehr, wir sind das Schlusslicht der entwickelten Industrieländer, wir haben viel zu viel Bürokratie, zu wenig Fach- und Arbeitskräfte, die Energiekosten sind gestiegen, und auch die Steuerbelastungen in Deutschland sind sehr hoch – andere Länder haben ihre Steuern zuletzt sogar gesenkt.

Was können wir tun, damit Deutschland auch in Zukunft handlungsfähig bleibt? Handlungsmöglichkeiten haben wir, wenn die Wirtschaft stark und dynamisch ist.

Es wird höchste Zeit, dass wir uns darum kümmern: Wir brauchen eine echte Wende hin zu mehr Dynamik.

In diesem Policy-Paper möchte ich darlegen, was aus ökonomischer Sicht zu tun und zu unterlassen ist, um die wirtschaftliche Lage in Deutschland wieder zu verbessern.

Im Folgenden werde ich in sieben Abschnitten darlegen, was eine liberale Reformagenda beinhalten muss:

1. Deutschland muss sein Wachstum langfristig erhöhen. Und deswegen ist eine echte Renaissance der Angebotspolitik wünschenswert – eine angebotsoptimistische Agenda, die die Standortbedingungen in Deutschland eindeutig verbessert.
 2. Unsere Steuerbelastungen sind sehr hoch. Menschen und Unternehmen müssen endlich entlastet werden – und zwar spürbar. Wir brauchen vor allem steuerliche Anreize für Investitionen. Denn nur dann werden Unternehmen auch wieder mehr investieren – in Jobs, neue Anlagen und Produktion.
 3. Auch die Energiekosten sind in Deutschland zu hoch. International stehen wir mit auf höchstem Niveau. Wünschenswert ist eine Energiepolitik, die sich endlich den Realitäten stellt, die marktwirtschaftlich durchdacht und damit bezahlbar ist.
 4. Unsere Arbeitskultur befindet sich in einer Krise. Die Frage ist, wie wir es schaffen können, Arbeit wieder attraktiver zu machen. Wir sollten das Potenzial an Arbeitskräften noch besser mobilisieren und den Menschen das Gefühl wiedergeben, dass Beschäftigung notwendig und sinnvoll ist – und Arbeit Spaß machen kann.
 5. Innovationen sind der Schlüssel für langfristiges Wirtschaftswachstum. Deswegen müssen wir Bedingungen schaffen, sodass sich Deutschland zu einer echten Gründungsentwicklung entwickeln kann. Wir brauchen wieder Vertrauen in die Innovationsfähigkeit des Einzelnen in Wirtschaft und Gesellschaft.
 6. Die aktuell überbordende Regulierung lähmt unsere Wirtschaft. Wirtschaft und Gesellschaft ächzen unter der wachsenden Last der Vorschriften. Wir müssen Bürokratie radikal abbauen, um wieder schneller und spontaner zu werden.
 7. Zum Schluss möchte ich einen Blick über unsere Ländergrenzen hinauswagen und schauen, was wir möglicherweise von unseren Nachbarn lernen können. Denn viele Länder machen in Sachen Infrastruktur, Bauen oder Digitalisierung einiges besser als wir.
- Es gilt, die Menschen – uns alle – zu motivieren, sich wieder für die Bundesrepublik, für unser Land, stark zu machen. Dafür benötigen wir die richtigen Rahmenbedingungen, die wirtschaftliche Aktivität und Teilhabe ermöglichen und nicht verhindern. Gemeinsam kann so der Aufschwung für Deutschland gelingen.

1. Arbeitsangebot stärken – Strukturreformen einleiten

Warum überhaupt ist ein umfassender Strukturwandel in Deutschland notwendig? Die Antwort liegt auf der Hand: Die deutsche Wirtschaft befindet sich an einem dramatischen Wendepunkt.

Abb. 1 | Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit nimmt ab

	2022	2023	2024
Singapur	3 ▲	4 ▼	1 ▲
Schweiz	2 ▼	3 ▼	2 ▲
Dänemark	1 ▲	1 -	3 ▼
Irland	11 ▲	2 ▲	4 ▼
Hongkong	5 ▲	7 ▼	5 ▲
Schweden	4 ▼	8 ▼	6 ▲
Vereinigte Arabische Emirate	12 ▼	10 ▲	7 ▲
Taiwan	7 ▲	6 ▲	8 ▼
Niederlande	6 ▼	5 ▲	9 ▼
Norwegen	9 ▼	14 ▼	10 ▲
Deutschland	15 -	22 ▼	24 ▼

Quelle: IMD World Competitiveness Ranking

Die Reformdividende der Agenda 2010 ist endgültig aufgebraucht, die Wachstumsschwäche ist evident, die Folgen der Corona-Pandemie und des russischen Krieges gegen die Ukraine machen mehr als offensichtlich, dass dringender Handlungsbedarf besteht.

Probleme wie in der Infrastruktur oder auch die Defizite in der Leistungsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung tragen dazu bei, dass deutsche Unternehmen im internationalen Wettbewerb nicht mehr mithalten können.

Deutschland braucht eine neue Angebotspolitik,

- also eine Politik, die sich darauf fokussiert, das zu tun, was Arbeitsplätze, Wachstum und Wohlstand schafft,
- eine Politik, der es gelingt, die ökonomische Wettbewerbsfähigkeit und Resilienz Deutschlands in Zeiten wachsender Unsicherheit zu stärken.

Sowohl die Ressourcen als auch das Potenzial sind dafür in Deutschland vorhanden.

Warum Wachstum?

Wachstum heißt nicht einfach, immer mehr Ressourcen zu verbrauchen. Im Gegenteil: Der wesentliche Treiber für Wachstum sind heute Produktivitätsfortschritte. Das heißt: Mit den vorhandenen Ressourcen mehr oder besseres zu produzieren!

Wachstum ist Voraussetzung für sozialen Frieden und Zusammenhalt.

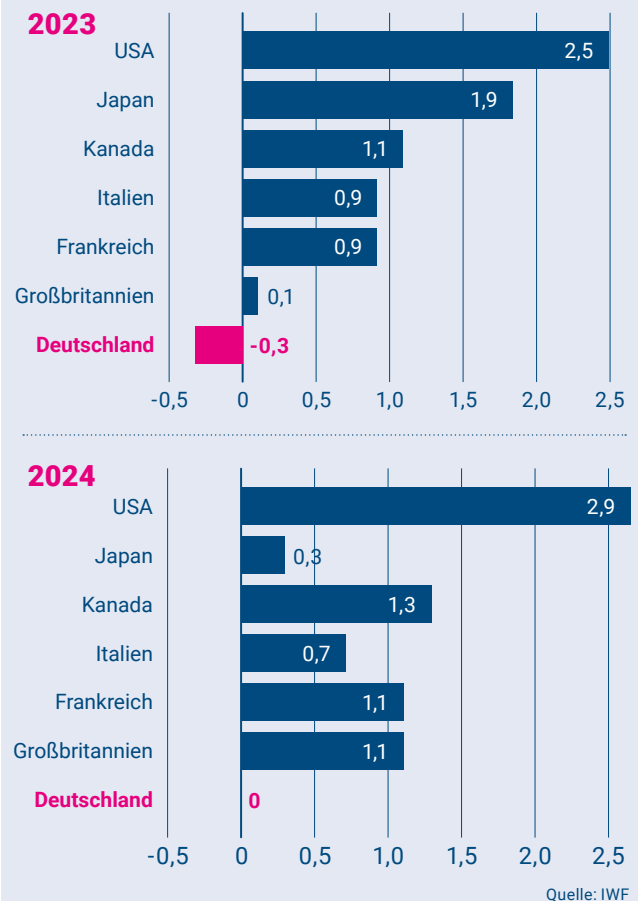
Wachstum ist Voraussetzung für beste Bildung und Aufstiegschancen für alle.

Wachstum ist Voraussetzung für die Handlungsfähigkeit des Staates, wenn es um innere und äußere Sicherheit geht.

Und schließlich: Wachstum ist Voraussetzung für eine erfolgreiche Bekämpfung des Klimawandels und für die globale Reduktion von Treibhausgasemissionen. Klimapolitik wird nur dann Nachahmer finden, wenn der Klimaschutz Hand in Hand mit zunehmendem Wohlstand geht.

Abb. 2 | Wachstum der Wirtschaft in den G7-Staaten

Angaben in Prozent

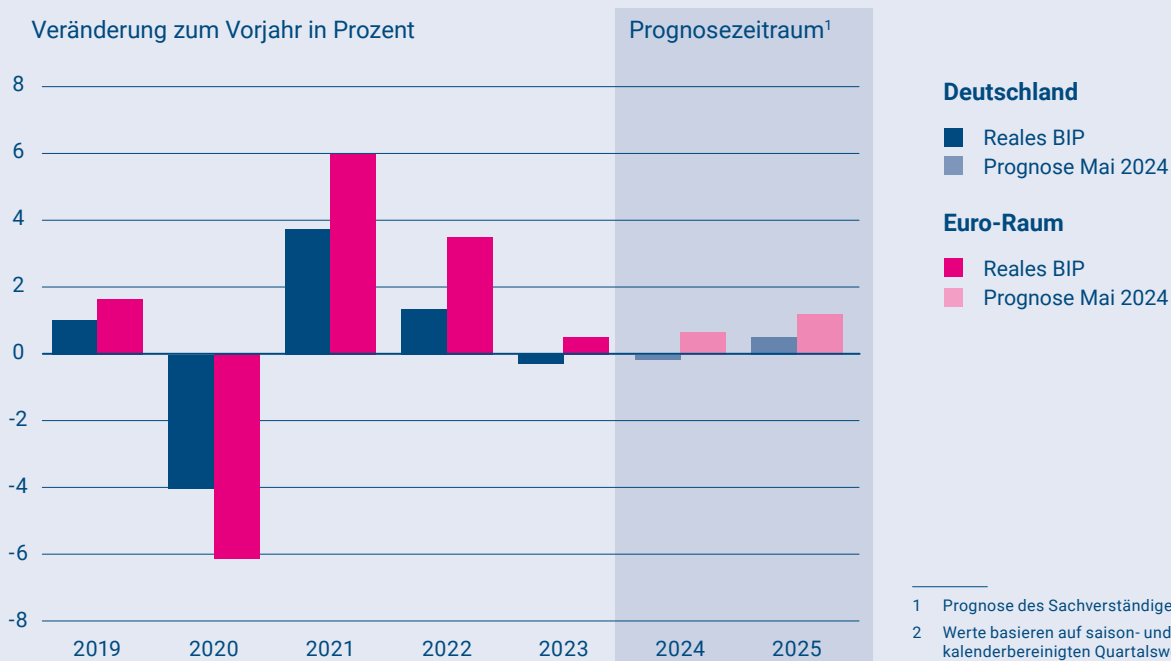


Die deutsche Wirtschaft krankt an ihrer Struktur

Die Ausgaben des Staates für Soziales – also hauptsächlich die Renten-, Arbeitslosen-, Kranken- und Pflegeversicherung – steigen stärker als das Bruttoinlandsprodukt. Statt eines immer weiteren Ausdehnung der staatlichen Umverteilung benötigen wir aber mehr Wirtschaftswachstum – sonst ist ein Sozialstaat auf Dauer nicht finanzierbar.

Auch Branchen mit Milliardensubventionen zu stabilisieren, kann nicht der Weg sein. Denn Subventionen nützen nichts, solange nicht die grundsätzlichen Bedingungen stimmen. Hohe Steuern und hohe Subventionen zahlen – das ist ineffizient, teuer und das Gegenteil einer vernünftigen Wirtschaftspolitik.

Abb. 3 | Wirtschaftsleistung (BIP) in Deutschland und im Euroraum



Quelle: Prognose des Sachverständigenrats, Jahresgutachten 2024/2025.

Abb. 4 | Eckdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung

Angaben in Prozent

	2023	2024 ¹	2025 ¹
Deutschland			
BIP-Wachstum ³	-0,3	-0,1	0,4
Inflationsrate	5,9	2,2	2,1
Arbeitslosenquote ³	5,7	6,0	6,1
Lohnwachstum	6,6	5,2	3,5
Finanzierungssaldo ⁵	-2,6	-2,1	-1,9
Euro-Raum			
BIP-Wachstum ^{2,6}	0,5	0,7	1,3
Inflationsrate ⁷	5,4	2,4	2,1
Weltwirtschaft			
BIP-Wachstum ^{2,6}	2,8	2,6	2,6
Inflationsrate	5,3	4,6	3,0

1 Prognose des Sachverständigenrates.

2 Preisbereinigt.

3 Registrierte Arbeitslose in Relation zu allen zivilen Erwerbspersonen.

4 Veränderung der Bruttolöhne und -gehälter (Inlandskonzept) je Arbeitnehmerstunde.

5 In Relation zum nominalen BIP; Gebietskörperschaften und Sozialversicherung in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.

6 Werte basieren auf saison- und kalenderbereinigten Quartalswerten.

7 Veränderung des Harmonisierten Verbraucherpreisindex.

Quelle: Prognose des Sachverständigenrats, Jahresgutachten 2024/2025.

Angesichts einer Wirtschaft, die seit fünf Jahren kein reales Wachstum mehr erzielt, wird die gesamtwirtschaftliche Dynamik ohne einen mutigen Schwenk hin zu einer Angebotspolitik nicht wiederkehren.

Die Probleme der deutschen Wirtschaft sind strukturell. Daher ist eine Angebotspolitik notwendig, die in unsere Zeit passt und die Standortbedingungen so verbessert, dass unsere Unternehmen wieder wettbewerbsfähig sein können.

Angebotsorientierte Strukturreformen sollten folgende sechs Punkte umfassen:

1. Eine Verbesserung steuerlicher und regulatorischer Bedingungen für unternehmerische Investitionen und Innovationen, wozu auch der systematische Abbau von überflüssiger Bürokratie und Regulierung zählt;
2. eine umfassende Stärkung des Arbeitsangebots;
3. eine Steigerung des Energieangebots und eine Anpassung an auch langfristig höhere Energiepreise;
4. eine international abgestimmte Klimapolitik, die Klimaschutz und wachsenden Wohlstand miteinander verbindet;
5. eine ambitioniertere Digitalisierungspolitik;
6. und schließlich eine Modernisierung der öffentlichen Infrastruktur.

Das sind grundlegende Strukturreformen. Das ist Angebotspolitik – eine Politik, die eben die Angebotsseite der Wirtschaft stärkt: die Betriebe, die Unternehmen und die Arbeitsplätze. Die Angebotspolitik steht im Gegensatz zu klassischer Nachfragepolitik – die da heißt: mehr staatliche finanzielle Umverteilung etwa über Steuern, Schulden, Subventionen oder Sozialausgaben.

Es geht nicht darum, den Menschen keine staatliche Hilfe mehr zukommen zu lassen. Oder ihr Einkommen zu schröpfen. Das Problem der Nachfragepolitik ist aber, dass es immer nur ein Strohfeuer sein kann. Denn:

Staatsausgaben müssen mit Steuern bezahlt werden, die die Bürger zahlen. Wenn ich also jemandem Staatsmittel gebe, bremse ich andere aus, weil sie das durch Steuern, hohe Zinsen oder Inflation bezahlen müssen.

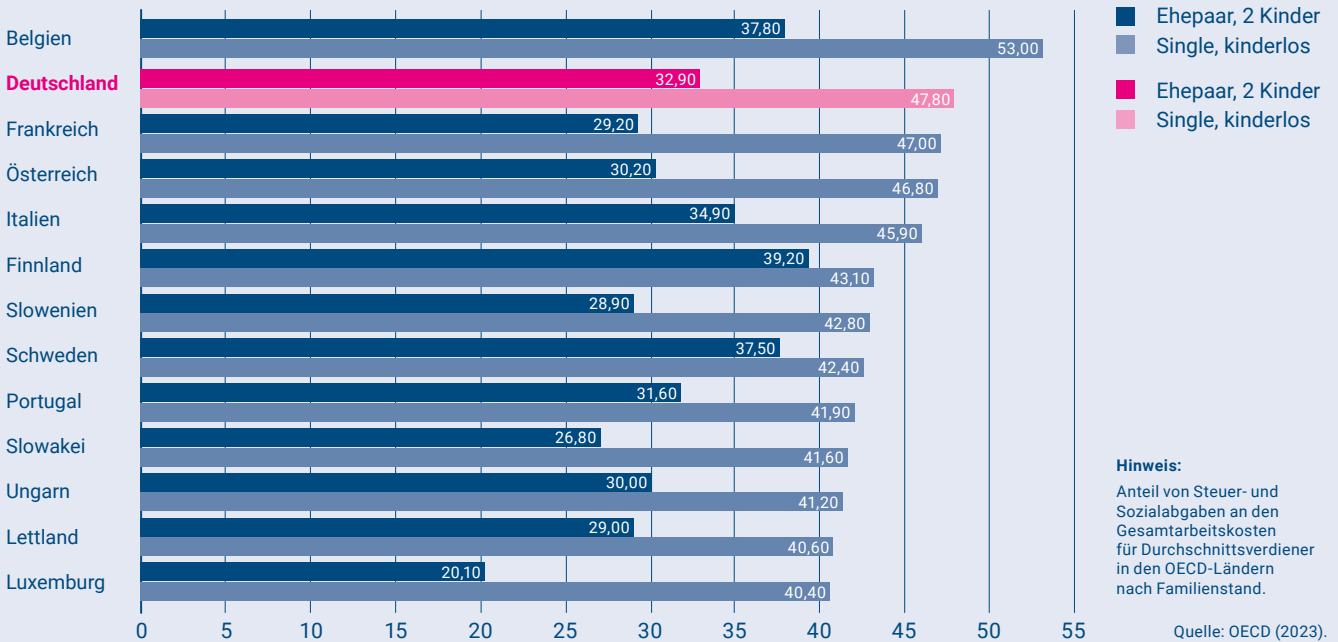
Das ist der Unterschied zur Angebotspolitik: Sie wirkt strukturell und nachhaltiger. Von besseren Bedingungen für die Wirtschaft profitieren im Ergebnis auch Beschäftigte.

Und: Der Sozialstaat bleibt langfristig handlungsfähig, um Hilfen zielgerichtet bezahlen zu können. Es kommt also auf die richtige Aufgabenverteilung von Staat und Markt an. Welche Instrumente und Bedingungen der Staat verändern sollte, schildere ich im nächsten Kapitel.

2. Steuern senken, Wachstum stärken, keine Schulden machen

Abb. 5 | So hoch sind die Steuern und Abgaben weltweit (2022)

Angaben in Prozent



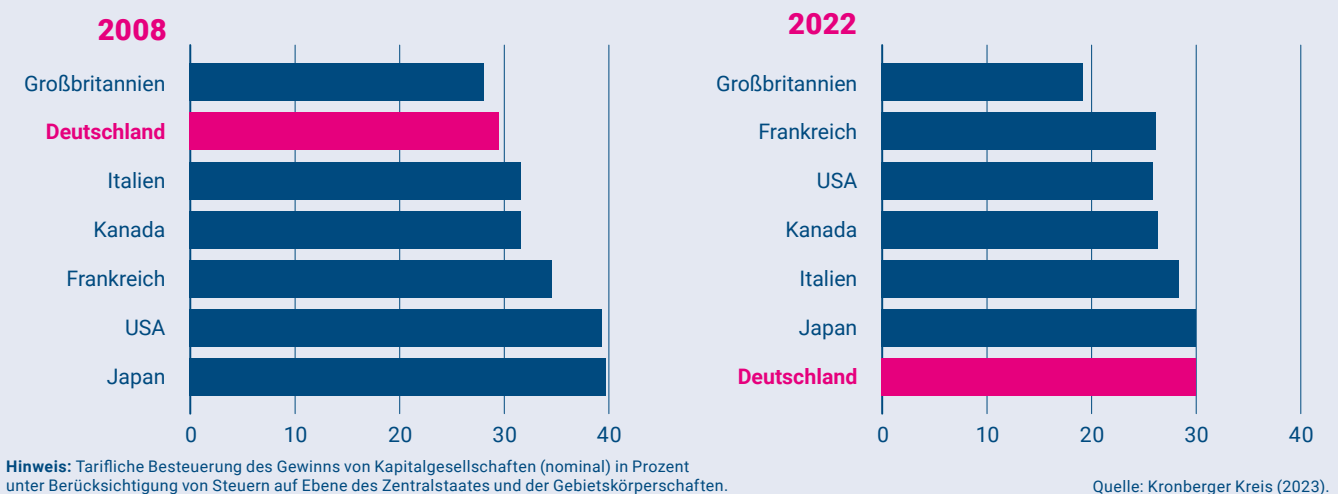
Deutschland ist im internationalen Vergleich ein Hochsteuerland. Die hohe steuerliche Belastung bedeutet für die Wirtschaft einen Wettbewerbsnachteil und beeinträchtigt die Attraktivität des Standorts Deutschland.

Die Menschen und Unternehmen in diesem Land müssen spürbar entlastet werden – auch als Voraussetzung für mehr private Investitionen. Dazu ist ein Umdenken in der Steuer-

politik notwendig. Vor allem bei den Unternehmenssteuern hat Deutschland Wettbewerbsnachteile. Waren die Steuern auf Unternehmensgewinne von Kapitalgesellschaften im Jahr 2008 noch die zweitniedrigsten unter den G7-Staaten, haben wir inzwischen die höchsten Sätze unter Berücksichtigung kommunaler Steuern. Auch dies macht Investitionen in Deutschland im Vergleich der G7-Staaten nicht attraktiver.

Abb. 6 | Deutschland ist mittlerweile Schlusslicht

Steuersätze auf Unternehmensgewinne in den G7-Staaten (Angaben in Prozent)



Die Unternehmenssteuern sollten gesenkt werden

Möglich wäre,

- die effektive steuerliche Belastung von Unternehmensgewinnen auf maximal 25 Prozent zu veranschlagen.
- die Körperschaftssteuer schrittweise zu reduzieren,
- und den Solidaritätszuschlag vollständig abzuschaffen. Im Grunde ist er nämlich zu einer Wirtschaftssteuer geworden, die die Unternehmen auch im europäischen Vergleich stark benachteiligt.

Was viele nicht unbedingt wissen: Seit 2021 ist der Solidaritätszuschlag zwar für viele Steuerzahler durch die Anhebung der Freigrenzen reduziert oder abgeschafft worden. Doch Kapitalgesellschaften und viele Gesellschafter von Personengesellschaften müssen weiter den Solidaritätszuschlag zahlen. Ihre Zahlungen machen etwa die Hälfte des Steueraufkommens aus dem Soli aus.

Auch die Steuerbelastung der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler darf nicht weiter steigen. Insbesondere die arbeitende Mittelschicht wird überdurchschnittlich hoch belastet. Ziel muss deswegen ein Steuer- und Abgabensystem sein, bei dem die Grenzbelastung Anreize für zusätzliche Beschäftigung bietet. Leistung und Lust auf Arbeit müssen sich lohnen. Es darf nicht sein, dass Menschen durch die kalte Progression nach einer Gehaltserhöhung real weniger Geld zur Verfügung steht als vorher. Solche heimlichen Steuererhöhungen sollten wirklich vermieden werden.

Es ist nicht verwunderlich, dass Gewerkschaften heute eher für Arbeitszeitverkürzungen oder weitere Urlaubstage streiken als für Lohnerhöhungen. Von den Erhöhungen des Bruttolohns bleibt netto einfach zu wenig übrig.

Auch für ausländische Fachkräfte muss Deutschland attraktiver werden. Sinnvoll könnte es sein, es anderen europäischen Staaten nachzumachen und in den ersten drei Jahren 20, 15 und 10 Prozent des Bruttolohns steuerfrei zu stellen.

Und: Arbeit muss auch über das Renteneintrittsalter hinaus lohnend sein

Ein Vorschlag könnte sein, den Arbeitgeberbeitrag zur Arbeitslosenversicherung nach Erreichen der Regelarbeitsgrenze zu streichen. Wenn der oder die Beschäftigte keine freiwilligen Beiträge zur Rentenversicherung leisten möchte, sollte auch der Arbeitgeberbeitrag zur Rentenversicherung nach Erreichen des Renteneintrittsalters entfallen. Oder man könnte für Rentner Arbeitseinkommen zumindest bis zu einer bestimmten Grenze ganz von der Einkommenssteuer befreien.

Wer länger arbeiten will – dem sollte dies unter attraktiven Bedingungen auch möglich sein. Schließlich: Was für fleißige Beschäftigte und erfolgreiche Unternehmer gilt, muss auch für Selbstständige gelten. Selbstständige sind Wachstumskatalysatoren. Allerdings wurden sie viel zu lange als Erwerbstätige zweiter Klasse behandelt.

Es ist deswegen im Sinn der Millionen von Selbstständigen, dass es endlich eine grundlegende Reform des Statusfeststellungsverfahrens mit klaren gesetzlichen Positivkriterien für Selbstständigkeit geben sollte.

Man könnte zum Beispiel einkommenssteuerliche Nachteilsausgleich für Selbstständige einführen. Und zwar, indem schwankende Einnahmen über mehrere Jahre so geglättet werden, dass eine höhere Steuerbelastung aufgrund von Auftragschwankungen nicht passiert.

Starker Staat nur mit „soliden Staatsfinanzen“

In Deutschland wird immer wieder darüber diskutiert, dass man zwischen soliden Staatsfinanzen und einer Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit entscheiden müsse. Es sei klüger, jetzt mehr Schulden zu machen, um staatlich zu investieren und zu wachsen.

Doch das ist schön in der Theorie. In der Praxis sieht es so aus: Staatsschulden sind nicht zum Nulltarif zu haben.

Sie belasten künftige Generationen und können Inflation befördern. Und auch deswegen lässt sich dauerhaftes Wachstum nicht durch Schulden erkaufen. Um die Schulden einzudämmen, haben wir in Deutschland die Schuldenbremse. Sie ist ein wichtiges Instrument für die finanzielle Stabilität des Staates.

Sie ist in den Artikeln 109 und 115 des Grundgesetzes verankert und sieht vor, dass die Haushalte von Bund und Ländern grundsätzlich ausgeglichen sein sollten. Das heißt, im Regelfall müssen die Einnahmen (z. B. aus Steuern) die Ausgaben (z. B. für Gehälter) decken.

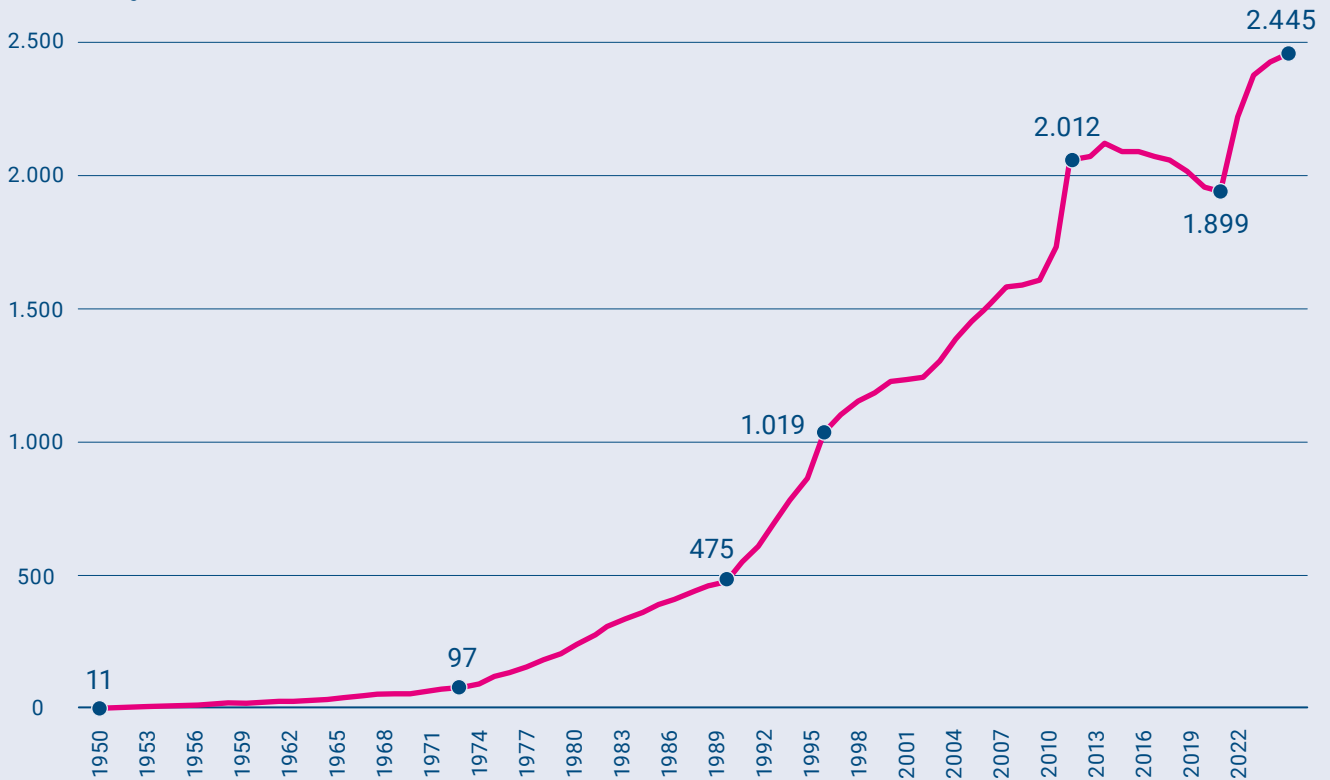
Die Schuldenbremse verhindert das völlige Ausufern staatlicher Aktivitäten

Die Gegner der Schuldenbremse sagen, sie behindere Investitionen, sei aus der Zeit gefallen und müsse mindestens reformiert, wenn nicht gleich ganz abgeschafft werden.

Tatsächlich ist aber die Schuldenbremse ein sehr geeignetes Kontrollinstrument. Denn solange es sie gibt, kann die Politik nicht wie es ihr passt immer mehr neue Schulden für immer mehr Umverteilung und immer mehr Subventionen aufnehmen.

Abb. 7 | Deutsche Staatsverschuldung von 1950 bis 2023

Angaben in Milliarden Euro



Quelle: Statistisches Bundesamt (2024).

Für die Stabilität der öffentlichen Finanzen ist das unerlässlich. Und: Schulden kosten kommende Generationen Zukunftschancen und engen Handlungsspielräume ein, insbesondere in Krisensituationen.

Wer dennoch glaubt, die Schuldenbremse sei auch eine Investitionsbremse und an dem ausgepowerten Zustand unseres Landes schuld, irrt: Wie eine Studie im Auftrag der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit zeigt, lässt sich keine negative Wirkung der Schuldenbremse auf die Höhe der öffentlichen Investitionen nachweisen.¹

Ohne ihre Einführung läge der Schuldenstand des Bundes rund 20 Prozentpunkte höher. Dies hätte auch eine deutlich höhere Zinsbelastung zur Folge. Im Zeitraum 2011 bis 2021 hätten die Zinskosten durchschnittlich um 0,46 Prozent über den tatsächlichen Zinskosten des Bundes gelegen. Die Schuldenbremse funktioniert also. Und ihr ist zu verdanken, dass die deutschen Staatsfinanzen im Ergebnis der Einhaltung der deutschen Schuldenregel heute grundsätzlich solide sind.

Was Deutschland aber tatsächlich in eine wirtschaftliche Schieflage gebracht hat, waren die Regierungen, die die sprudelnden Steuereinnahmen in den Jahren vor Corona nicht vernünftig verwendet haben. Jahrelang hat Deutschland es verschlafen, notwendige Strukturreformen anzupacken.

Strukturreformen: Was ist zu tun?

Statt immer neue Schulden aufzunehmen, müssen Prioritäten bei den Ausgaben gesetzt werden. Der Staat muss mit dem Geld auskommen, das ihm die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler zur Verfügung stellen.

Dafür sind auch in den nächsten Jahren Anstrengungen erforderlich. Kluge Haushaltspolitik setzt Prioritäten, anstatt bei jeder Gelegenheit neue Schulden zu fordern.

Selbstverständlich sollen aber auch öffentliche Mittel in die Zukunft investiert werden – in Straßen und Brücken, das Schienennetz oder in Schulen und Bildungseinrichtungen. Auch brauchen wir Investitionen zum Gelingen des Klimaschutzes und für die Transformation unserer Wirtschaft zur verstärkten Nutzung von erneuerbaren Energien.

Wichtig: Es muss der Politik gelingen, die Vorhaben mit vorhandenen Mitteln zu bestreiten. Die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse sollte so bleiben wie sie ist. Denn sie ist ein Garant für staatliche Handlungsfähigkeit – auch in Krisenzeiten.

¹ <https://shop.freiheit.org/#!/Publikation/1716>

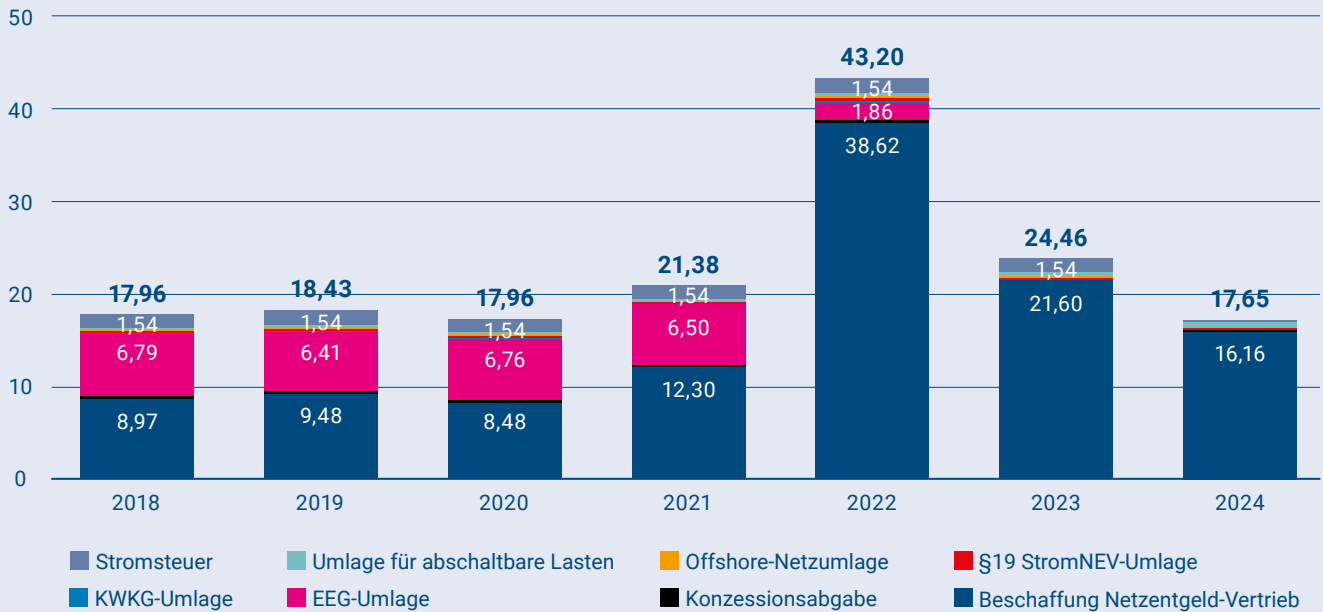
3. Energie und Klimaschutz bezahlbar machen

Für die Attraktivität eines Wirtschaftsstandorts sind die Energiepreise ein wesentlicher Faktor. Denn hohe Energie-

kosten erhöhen die Produktionskosten und schwächen die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen.

Abb. 8 | Strompreis für die Industrie in Deutschland

Durchschnittliche Strompreise für Neuabschlüsse in der Industrie in ct/kWh (inkl. Stromsteuer), Jahresverbrauch 160.000 bis 20 Mio. kWh, mittelspannungsseitige Versorgung



Quelle: Statistisches Bundesamt (2023).

Wenn Energie zu teuer wird, verlagern Unternehmen ihre Produktion immer mehr ins Ausland. Vor allem Firmen aus der energieintensiven Industrie warnen vor einem Verlust an internationaler Wettbewerbsfähigkeit und überlegen, ihre Produktionen an günstigere Standorte weltweit zu verlagern.

Inzwischen haben sich die Energiekosten zwar wieder in etwa auf dem Niveau eingependelt, das in Deutschland vor dem russischen Angriff auf die Ukraine gegolten hatte. Doch auch vor dem Krieg hatte Deutschland bereits hohe Energiepreise.

Wenn wir Deutschland als Industriestandort erhalten wollen, muss sichergestellt sein, dass die Energiepreise wettbewerbsfähig bleiben. Nur so wird es gelingen, dass es auch künftig hochproduktive Tätigkeiten und gut bezahlte Arbeitsplätze in Industrieunternehmen und neue Ansiedelungen in Deutschland gibt.

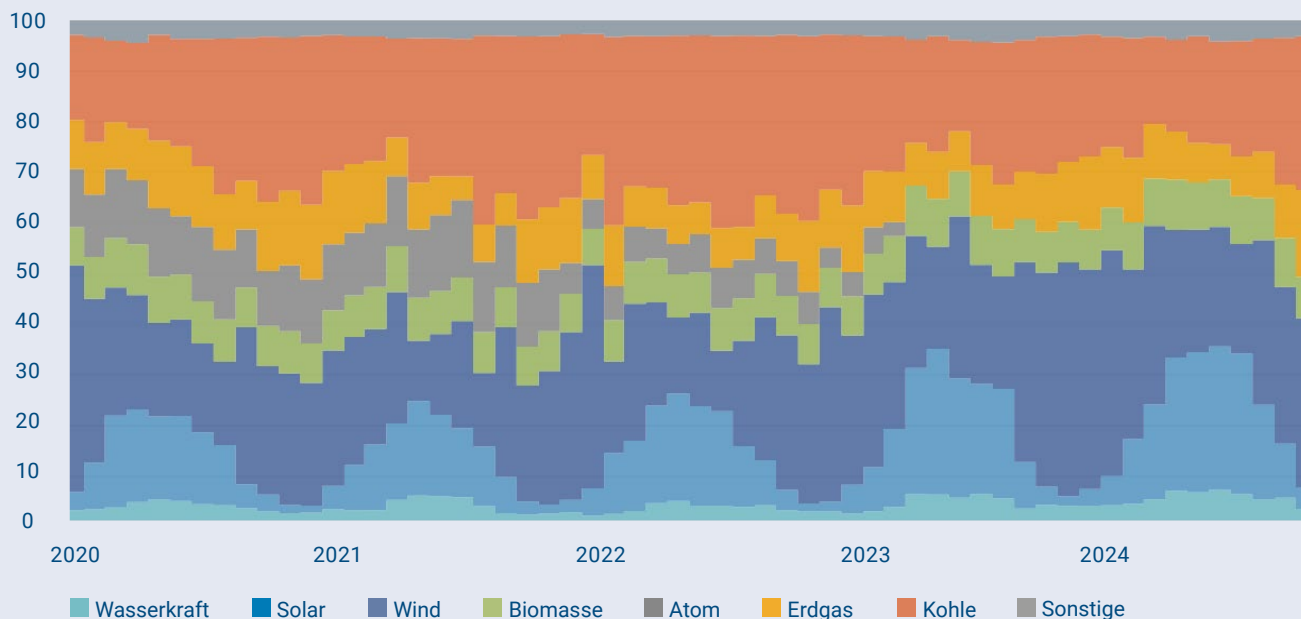
Ausweitung des Stromangebotes ist nötig

Hierfür ist vor allem eine erhebliche Ausweitung des Stromangebotes nötig. Wenn ein Gut knapp ist, dann steigt der Preis. Wenn das Angebot steigt, dann sinken die Preise. Die Herausforderung ist aber dabei, die Energiepreise wettbewerbsfähig zu halten und gleichzeitig den CO₂-Ausstoß zu reduzieren. Denn der Aufbau einer kostengünstigen, verlässlichen und klimaneutralen Energieerzeugung ist mit den aktuellen Technologien noch nicht zu machen.

Der alleinige Ausbau der klassischen erneuerbaren Energien Wind und Sonne wird es nicht richten. Dafür fehlen die Speicherkapazitäten vor allem mit Blick auf längere wind- und sonnenarme Phasen. Während dieser sogenannten Dunkelflauten muss der Strom heute vor allem durch fossile Kraftwerke erzeugt werden. Dies ist nicht nur schlecht fürs Klima, sondern auch teuer. Denn diese Kraftwerke müssen vorgehalten werden, auch wenn sie nur relative kurze Zeit laufen.

Abb. 9 | Monatlicher Strommix in Deutschland

Angaben in Prozent



Quelle: Fraunhofer ISE

Und damit nicht genug – das Problem ist leider noch größer: Denn Deutschland importiert aktuell rund drei Viertel seines gesamten Energiebedarfs aus dem Ausland – vor allem in Form von Öl und Gas. Kraftstoffe, Wärmeerzeugung und auch Grundstoffe für die chemische Energie gehören neben der Stromerzeugung auch zum Gesamtenergieverbrauch.

Physikalische Gesetze lassen sich nicht ignorieren. Das gilt sowohl für den Prozess der Erderwärmung – als auch für die technischen Grenzen einzelner Technologien zur Energieerzeugung. Deshalb brauchen wir eine wissenschaftlich fundierte Energiepolitik, die Ökonomie und Physik nicht ignoriert.

Eine Energiepolitik, die auf Innovation, Wettbewerb und Technologieoffenheit setzt. Dazu gehören marktwirtschaftliches Strommarktdesign, innovative Energieimporte und zeitlich realistische Ziele.² Keine Frage also: Die Energieversorgung in Deutschland steckt mitten in einem großen Umbau. Die Herkules-Aufgabe lautet: das Miteinander und die Ausgewogenheit von sicherer Versorgung, günstigen Preisen und Klimafreundlichkeit schaffen!

Was ist zu tun?

Zunächst einmal muss der CO₂-Ausstoß der Energiewirtschaft weiter reduziert werden. Es war ein Fehler vorzeitig aus der klimaneutralen Atomkraft auszusteigen und dafür kräftig Kohle zu verfeuern. Die Weiternutzung der Atomkraft muss noch mal neutral und sachorientiert geprüft werden.

Das gilt auch für die Förderung von Erdgas in Deutschland. Denn erstens werden wir wie beschrieben noch lange auch Erdgaskraftwerke benötigen. Und zweitens ist der Import von LNG-Gas klimaschädlicher als die Förderung in Deutschland.

Dann müssen wir endlich die Tiefengeothermie voranbringen. Diese liefert verlässlich und dauerhaft klimaneutrale Energie. Das ist eine Riesenchance, die aktuell zu wenig genutzt wird.³

Und schließlich: Der Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft bietet eine große Chance. Aktuell sind die Kosten noch zu hoch. Hier sind weitere Investitionen in die Forschung und auch den Aufbau größerer Projekte nötig

Energiepolitik ist kein Wunschkonzert. Es geht es um die ideale Zusammenführung von Klimaschutz und energiepolitischer Vernunft. Die Vorstellung, man könne die bestehende Wirtschaftsstruktur einfach auf Grün umstellen und dann

² <https://shop.freiheit.org/#!/Publikation/1588>

³ <https://shop.freiheit.org/#!/Publikation/1552>

gehe alles weiter wie bisher, ist ein Irrtum. Der Umbau wird nicht nur Geld kosten, sondern auch einen Strukturwandel mit sich bringen..

Die Herausforderung ist, dass die Industrie trotzdem wettbewerbsfähig bleiben muss. Und auch Verbraucherinnen und Verbraucher dürfen nicht einfach immer weiter mit höheren Energiepreisen belastet werden. Für sie wie für die Unternehmen ist wichtig, dass der Strom nicht einfach immer teurer wird. Ansonsten wird die Energiewende keine Akzeptanz finden und letztlich nur als schlechtes Vorbild für andere Staaten dienen. Und: Damit die deutsche Klimapolitik nicht scheitert, ist eine echte Kehrtwende notwendig. Nicht nationale CO₂-Ziele sollten der Maßstab für eine erfolgreiche Klimapolitik sein, sondern die Frage, wie viel CO₂ weltweit eingespart wird mit Hilfe von Technologien, die in Deutschland entwickelt wurden.

Investitionen in Klimaschutz sind erforderlich

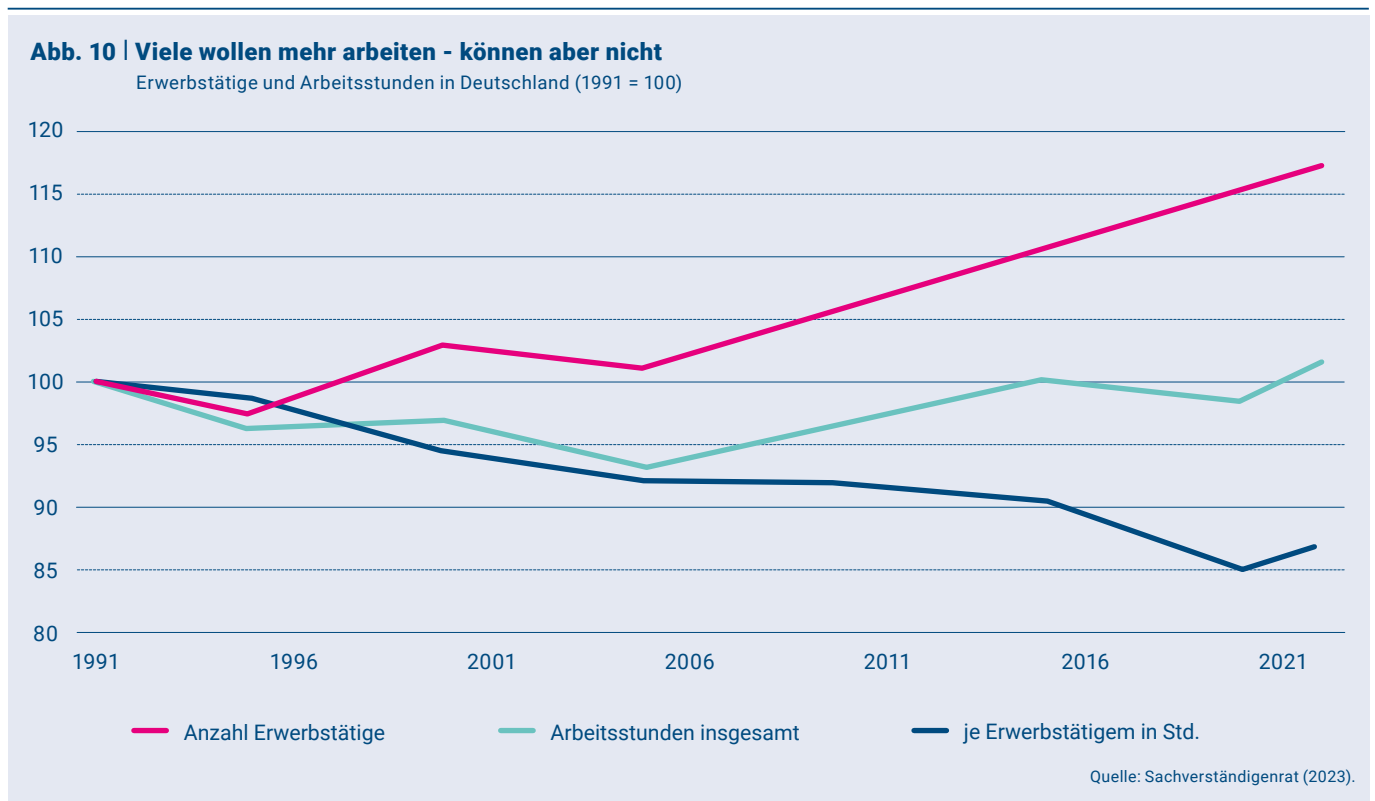
Ich halte es für sehr wichtig, den Leuten reinen Wein einzuschenken: Es ist nicht hilfreich zu versprechen, alles würde automatisch laufen, alle würden nur gewinnen. Die Geschichte muss stattdessen lauten: Investitionen in die Umstellung auf klimafreundliches Wirtschaften sind Investitionen in die Zukunft. Für uns und zukünftige Generationen. Ja, es wird uns alle etwas kosten, aber es ist sinnvoll.

Es darf keine nationalen Alleingänge geben: Klimaschutz wird nur funktionieren, wenn Europa und die Welt zusammen handeln. Und Klimaschutz wird nur möglich sein, wenn es auch Wachstum gibt: Klimaschutz für einen lebenswerten Planeten; und Wachstum, damit wir uns die Kosten des Wandels leisten können.

4. Mehr Lust auf den Job – Arbeitsmarkt attraktiver gestalten

Ein wesentlicher Begrenzungsfaktor für wirtschaftliches Wachstum ist der Arbeitskräftemangel. In Deutschland ist er überall spürbar. In den nächsten Jahren wird er sich sogar noch verschärfen – wenn nämlich die geburtenstarken Jahrgänge der Babyboomer in Rente gehen und gleichzeitig geburtenschwache Jahrgänge auf den Arbeitsmarkt nachrücken.

Sicher ist: Der deutsche Arbeitsmarkt ist immer noch nicht flexibel genug. Es muss gelingen, die Menschen besser in Arbeit zu bringen. Und wir müssen auch bessere Anreize dafür bieten, dass die Leute Lust haben, von einem Minijob in eine Teilzeitstelle und von einer Teilzeit- in eine Vollzeitstelle zu wechseln.



Ein grundsätzliches Problem ist auch, dass viele Menschen in Deutschland arbeiten wollen, aber nicht können, weil bü-

rokratische Hürden, mangelnde Betreuungsmöglichkeiten oder fehlende Anreize diesem Vorhaben entgegenstehen.

Arbeit attraktiver machen

Die Frage ist also: Wie kann Arbeit attraktiver werden? Dazu gibt es einige Möglichkeiten und Maßnahmen:

- Zunächst die Stärkung des Arbeitsangebots älterer Menschen. Wer mit über 67 Jahren noch fit und motiviert ist, sollte sich noch nicht in den Ruhestand verabschieden müssen, sondern weiterarbeiten können.
- Dann: Deutschland muss für ausländische Arbeitnehmer und Fachkräfte endlich attraktiver werden. Ausländische Fachkräfte könnten – gemäß dem Vorbild vieler anderer europäischer Staaten – für einen begrenzten Zeitraum steuerliche Vergünstigungen erhalten.
- Zudem muss es mehr Anreize geben für Menschen, die derzeit Bürgergeld erhalten oder Empfänger anderer Transferleistungen sind. Das Bürgergeld sollte so reformiert werden, dass eben Arbeitsanreize im Zentrum stehen. Ziel muss es sein, die Menschen so schnell wie möglich wieder in den Arbeitsmarkt zurückzubringen.
- Auch die Erwerbstätigkeit von Menschen ohne Schul- oder Berufsabschluss bleibt deutlich hinter der durchschnittlichen Erwerbstätigkeit zurück. Investitionen in Bildung würden mittelfristig nicht nur den Arbeitsmarkt, sondern auch die Sozialkassen entlasten.
- Und die Verbesserung der Arbeitsmöglichkeiten für Frauen sollte noch mehr in den Fokus des Arbeitsmarktes rücken. Die durchschnittliche Arbeitszeit von Frauen pro Woche ist in Deutschland im internationalen Vergleich sehr gering. Die weibliche Erwerbstätigkeit ist hierzulande zwar zur Norm geworden, aber eben vor allem in Teilzeit. Gleichzeitig sind Frauen im Durchschnitt sehr gut ausgebildet: Inzwischen sind zum Beispiel mehr als die Hälfte der Uniabsolventen weiblich. Hier besteht also sehr viel Potenzial für ein höheres qualifiziertes Arbeitsangebot.

Digitalisierung: Potenzial für Arbeitsangebot

Grundsätzlich gilt, nicht nur mehr Anreize zu bieten, sondern auch diverse Hürden ganz unterschiedlicher Art abzubauen. Zudem liegt in der Reallokation von Arbeitskräften ein

Potenzial. Automatisierung und Digitalisierung können ebenso Arbeitskräfte freisetzen wie der Bürokratieabbau – also salopp ausgedrückt: Es sollten weniger Menschen damit beschäftigt sein, Berichte zu schreiben, die letztlich keiner liest.

Letztlich machen auch die relativen Einkommensteuersätze eine Ausweitung des Arbeitsangebots zunehmend unattraktiv. Es ist verständlich, dass die Gewerkschaften bei den hohen Steuersätzen eher für Arbeitszeitverkürzung streiken als für höhere Löhne. Eine Reduktion der wöchentlichen Arbeitszeit verschärft den Arbeitskräftemangel aber noch.

In Zeiten, in denen viele von der „Null-Bock-Generation“ sprechen, in der über die „Vier-Tage-Woche“ diskutiert wird und in denen die Teilzeit-Arbeit zunimmt, gibt es dennoch immer noch viele Millionen Menschen, die hart und gerne arbeiten – vom Lieferdienstfahrer über den Handwerker bis zum Topmanager.

Flexibler Arbeitsmarkt fördert Angebot

Viele sehen aufgrund schlecht aufeinander abgestimmter Leistungen wie Bürgergeld, Wohngeld und Kinderzuschlag nicht mehr so viel Sinn, einer geregelten Arbeit nachzugehen. Es darf nicht sein, dass jemand, der arbeitet, letztlich sogar weniger Geld in der Tasche hat als jemand, der Sozialleistungen erhält.

Um diejenigen, die aus solchen und ähnlichen Gründen nicht so stark motiviert sind, zurück ins Boot zu holen, ist die Entwicklung von Arbeitsanreizen enorm wichtig. Zum Beispiel durch eine geringere Grenzbelastung von insbesondere geringen Einkommen durch Steuern und Sozialabgaben.

Schon wenn es gelänge, die wöchentliche Arbeitszeit zu erhöhen, wäre viel gewonnen. Sicher ist: Arbeitsanreize müssen verlockender sein als bisher, und auch die Mobilität auf dem Arbeitsmarkt muss gefördert werden – sowohl geographisch als auch durch berufsübergreifende Weiterbildung. Alles, was zur Flexibilisierung beiträgt, ist erst mal richtig.

Deutschland muss wieder ein Land werden, in dem Arbeit richtig Spaß macht. Der Mentalitätswandel, den viele verlangen, gilt nicht nur für Arbeitnehmer. Er gilt auch für diejenigen, die den Arbeitsmarkt hauptverantwortlich mitgestalten – nämlich die Politik.

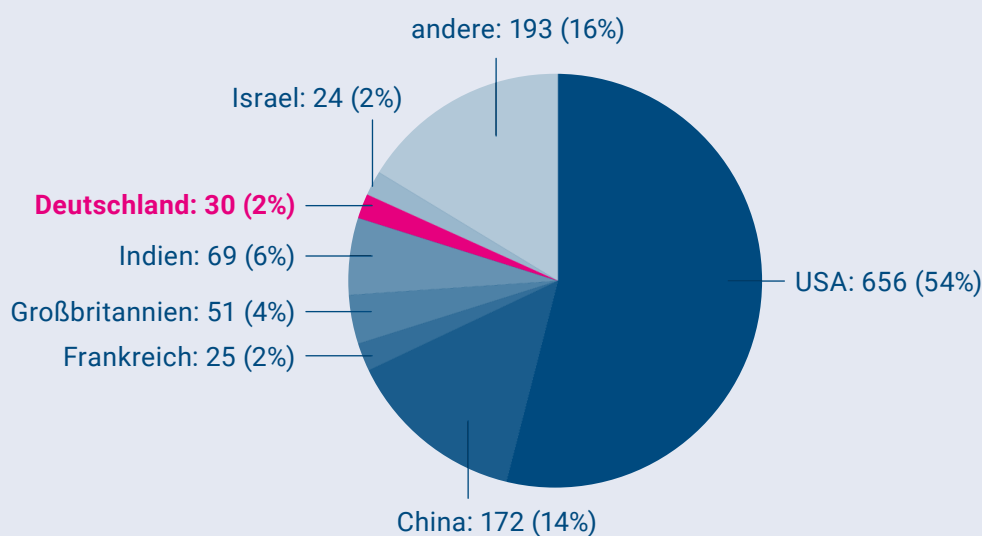
5. Startups stärker fördern – Freude am Gründen wecken

Einhörner – die gibt es eigentlich nur in Sagen. In der Wirtschaft aber wird als Einhorn ein junges Unternehmen bezeichnet,

das bereits einen Marktwert von über einer Milliarde US-Dollar aufweist, obwohl es noch nicht älter als zehn Jahre alt ist.

Abb. 11 | Einhörner weltweit

Zahl und weltweiter Anteil der jungen Unternehmen, die bereits einen Marktwert von über einer Milliarde US-Dollar aufweisen



Quelle: cb insights (2024), The Global Unicorn Club.

Ganz so selten wie im Märchen sind diese Einhörner nicht – weltweit gibt es rund 1.200 von ihnen. Gut die Hälfte davon befindet sich in den USA, weitere 172 in China, 69 in Indien und 51 in Großbritannien.

In Deutschland gibt es nur 30 dieser Firmen, die der Markt für die Weltmarktführer der Zukunft hält, sofern sie es nicht längst sind. Das sind weniger als zwei Prozent aller Einhörner – ein Warnsignal für uns. Zugleich fällt Deutschland bei Patentanmeldungen im weltweiten Innovationswettbewerb eher zurück. Die Ursachen sind vielfältig.

Warum fällt Deutschland zurück?

Erstens sind andere Länder inzwischen deutlich offener für neue Technologien. Bei uns hat sich eine Kultur der Risikominimierung breitgemacht, die sich in unzähligen Regulierungen niederschlägt.

Exemplarisch mag die praktische Anwendung der Datenschutzgrundverordnung sein. In Unternehmen gibt es schätzungs-

weise rund 200.000 Datenschutzbeauftragte, hinzu kommen die im öffentlichen Dienst.

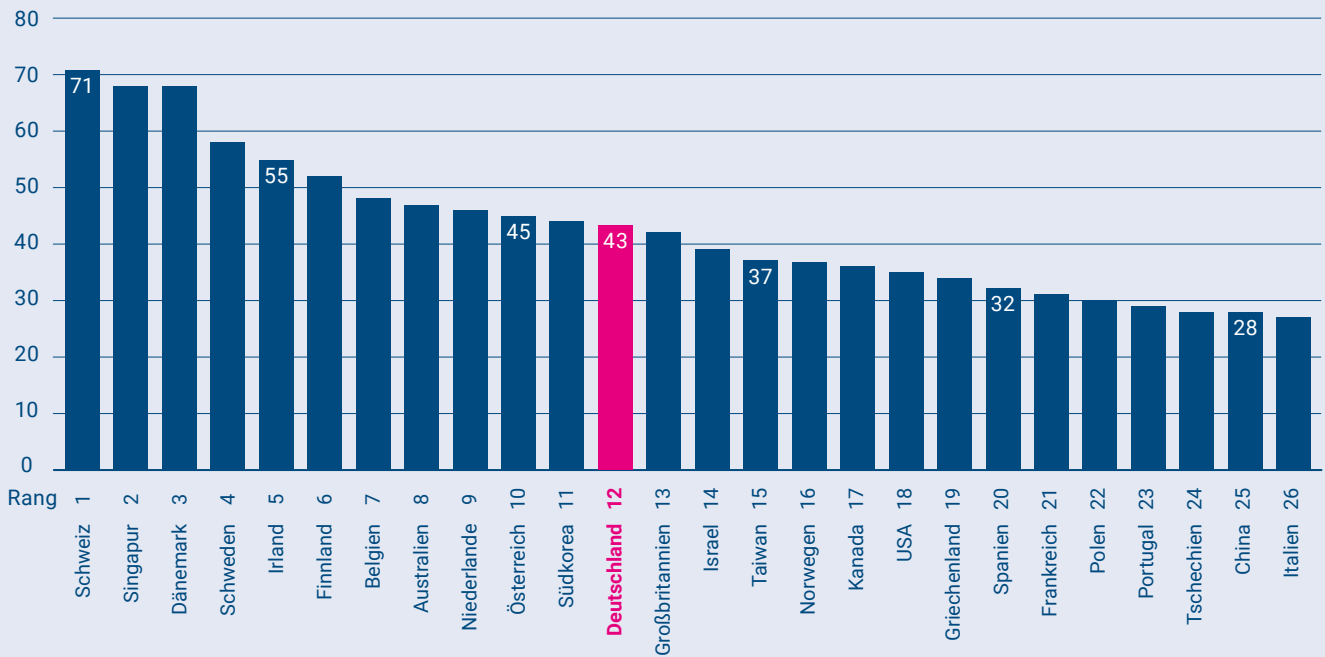
Zweitens bieten andere Staaten Unternehmen bessere steuerliche Anreize für Forschung und Entwicklung, auch hier ist Handlungsbedarf.

Drittens gibt es bei uns immer weniger junge und immer mehr ältere Menschen. Aber innovativ und wagemutig sind eben gerade oft die Jüngeren. Wir müssen sie noch viel mehr dazu ermutigen, diesen Schritt zu wagen.

Auch die Migrationspolitik hat bisher zu wenig Wert auf eine Zuwanderung qualifizierter Menschen gelegt. Für die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft und unseren Wohlstand sind Innovationen aber essenziell.

Kurzum: Das Thema Innovation muss daher endlich stärker in den Mittelpunkt der deutschen Wirtschaftspolitik rücken. Denn Innovationen sind einer der wichtigsten Faktoren zur Steigerung der Produktivität und damit auch der Schlüssel für langfristiges Wirtschaftswachstum.

Abb. 12 | Internationale Innovationsfähigkeit



Quelle: BDI-Innovationsindikator (2024)

Trotz der wenigen Einhörner in Europa bescheinigt der Innovationsindikator des *Bundesverbands der Deutschen Industrie* (BDI) vielen Staaten der Europäischen Union prinzipiell eine hohe Innovationsfähigkeit. In der Liste der zehn Volkswirtschaften mit der höchsten Innovationsfähigkeit befinden sich sieben EU-Mitgliedsstaaten.

Selbst Deutschland steht im BDI-Innovationsindikator 2024 auf Platz 12 deutlich vor den USA (Platz 18) und China (Platz 25). Es gibt also viel Grund zur Hoffnung.

Deutschland muss wieder Gründernation werden

Deutschland wird jedoch sein Innovationspotenzial nur dann entfalten können, wenn es zu einer echten „Gründernation“ wird. In der Bundesrepublik leben zahlreiche talentierte junge Menschen. Vor allen ihnen müssen wir ihren Weg erleichtern.

- Durch bessere Finanzierungsbedingungen, also eine Verbesserung steuerlicher und regulatorischer Bedingungen für unternehmerische Investitionen und Innovationen,
- durch den systematischen Abbau von überflüssiger Bürokratie und Regulierung,

- und schließlich durch eine „Freude am Gründen“, die im besten Fall schon in der Schule vermittelt wird.

Manches wurde bereits auf den Weg gebracht: So ist es mit dem im November 2023 vom Bundestag beschlossenen „Zukunftsfinanzierungsgesetz“ für Startups und kleine und mittelständige Wachstumsunternehmen inzwischen leichter, privates Kapital für Investitionen zu mobilisieren und innovative Entwicklungen voranzutreiben: Startups können dadurch einfacher an die Börse gehen und haben besseren Zugang zu Eigenkapital.

Es muss allen klar sein: Wir müssen viel, viel stärker als bisher auf Innovationen setzen – das gilt für alle Branchen und Bereiche. Zum Beispiel die Klimapolitik: Das Aufstellen weiterer Windräder ist nicht so wichtig wie klimafreundliche Technologien im Verkehr, in der Stahlerzeugung und in anderen Industrien, die dann auch in China, Indien, Afrika, Australien oder Amerika verwendet werden können.

Diese Art der Innovationen, die ganze Branchen verbessern, sollten mit den richtigen Bedingungen noch viel mehr vorangetrieben werden. Nehmen wir das Thema Innovation endlich ernst!

6. Einfach machen – Bürokratie konsequent abbauen


Eine der größten Herausforderungen, die wir in Deutschland und in Europa haben, ist die überbordende Bürokratie. Das Schlagwort Bürokratie ist umgangssprachlich zu einem Schimpfwort geworden, das kaum jemand mit positiven Konnotationen verbindet.

Dabei ist die Bürokratie keineswegs per se schlecht und hatte ursprünglich etwas sehr Sinnvolles an sich: Sie war dazu gedacht, die Umsetzung von Entscheidungen in einem geregelten Ablauf auf Basis von Gesetz und Vorschrift zu organisieren. Sie kann und soll Rechtssicherheit schaffen, Korruption und Willkür entgegenwirken und zum Schutz des Wettbewerbs auf Märkten beitragen. Sie stellt also Genauigkeit, Planbarkeit und im Idealfall eine effiziente Routine sicher.

Das klingt natürlich schräg, wenn man bedenkt, in welchem Vorschriften-Dickicht wir uns heute bewegen: Schon seit langer Zeit lähmt der fast undurchdringliche Regularien-Dschungel die Wirtschaft, Unternehmen ächzen unter der ständig wachsenden Last an Vorschriften und Berichtspflichten. Staatlicher Gestaltungseifer bremst Innovationen aus – auch wenn er gut gemeint ist. Deutschlands ausufernde Bürokratie gilt inzwischen als Standortrisiko.

Abb. 13 | Immer mehr Vorschriften

Zahl der Gesetze, Rechtsverordnungen und Einzelvorschriften auf Bundesebene wächst.

	2022	2010 - 2022
 Bundesgesetze Einzelnormen	1.773	+ 6,3 %
	50.738	+ 18,8 %
 Rechtsverordnung Einzelnormen	2.795	+ 5,3 %
	42.590	+ 15,6 %

Quelle: DB-Drucksache 20/721 vom 15. Februar 2022, Seite 2.

Knapp 5.000 Gesetze und Verordnungen des Bundes mit über 100.000 Einzelnormen sind zurzeit in Deutschland in Kraft. Hinzu kommen die Gesetze und Verordnungen der Länder, kommunale Satzungen und unmittelbar geltendes EU-Recht, Tendenz steigend.

Gesetze und Verordnungen: aussetzen oder abschaffen!

Ob Tariftreuegesetz, Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz, Entgelttransparenzgesetz, Beschäftigtendatengesetz oder arbeitgeberfinanzierte Familienstartzeit – was könnte man alles aussetzen oder gar abschaffen!?

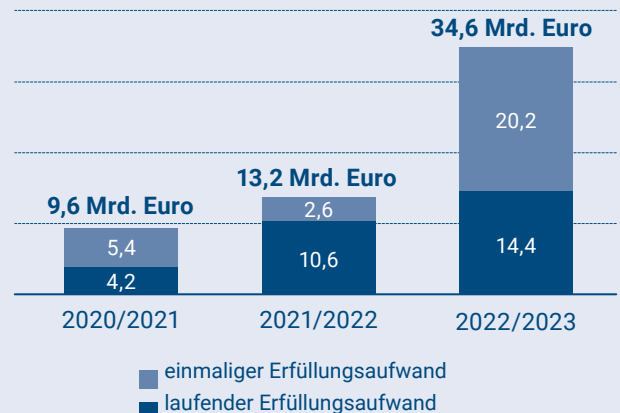
Ein Beispiel aus der Baubranche: In den vergangenen 20 Jahren sind die Baukosten hierzulande um etwa 80 Prozent gestiegen. Dies liegt nicht nur an höheren Material- und Personalkosten, sondern auch an den vielen zusätzlichen Vorschriften. Die Niederlande, unsere Nachbarn, haben sich erfolgreich gegen die steigenden Baukosten gestemmt. Und zwar, indem sie einfach die Zahl der Vorschriften drastisch reduzierten.

Bürokratie muss neu gedacht werden, auch in ihrer grundsätzlichen Funktion. Denn nur ohne unnötige Bürokratie kann die Wirtschaft wirklich effizient arbeiten und der Staat sich auf seine Kernkompetenzen fokussieren.

Unternehmen in Deutschland sind seit Jahren mit deutlich höherer Regulierungsintensität konfrontiert als Unternehmen in vielen anderen Industriestaaten. In Deutschland wird aber sogar oft zusätzlich ein „Gold Plating“ vorgenommen – und Vorgaben der Europäischen Union dadurch noch weiter verschärft.

Abb. 14 | Immer mehr Kosten und Arbeit durch Bürokratie

Zusätzlicher Erfüllungsaufwand durch neue bundesrechtliche Regelungen.



Quelle: Nationaler Normenkontrollrat (2022).

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Behörden und Unternehmen sind mit einem relativ sinnlosen Verfassen, Lesen und Überprüfen von Berichten beschäftigt, die die Welt nicht braucht. Zugleich fehlen diese Arbeitskräfte dem Arbeitsmarkt und verstärken so den Arbeitskräftemangel.

Je größer Unternehmen sind, desto größer ist die Rolle von Vorschriften und Routinen und somit von Bürokratie. Der große Unterschied zwischen privaten Unternehmen und öffentlichen Behörden ist, dass Unternehmen sowohl durch den Wettbewerb auf den Produktmärkten als auch den Druck der Kapitalmärkte fortwährend zur Effizienz gezwungen werden und somit auch ihre internen Entscheidungsprozesse immer wieder auf den Prüfstand stellen müssen, wollen sie nicht an Wettbewerbsfähigkeit verlieren.

Die wachsende Bürokratie in Deutschland wird immer mehr als Markteintrittsbarriere gesehen. Der gesamte Wirtschaftsstandort verliert dadurch an Attraktivität. Unternehmensansiedlungen wie auch Ersatz- und Erweiterungsinvestitionen sind jedoch wichtig, da sie neue Arbeitsplätze und Impulse für Innovationen schaffen.

Ein Übermaß an Regulierung begünstigt auch die Abwanderung von Unternehmen ins Ausland – indem sie zum Beispiel die Forschung behindert: So hat etwa BioNTech die Verlagerung der Krebsforschung nach Großbritannien explizit mit forschungsfreundlicheren Rahmenbedingungen als in Deutschland begründet. Werden Forschung, Entwicklung und Fortschritt ausgebremst, lassen sich wichtige Zukunftsprojekte weniger gut realisieren.

Wie kommt es zu diesem unaufhörlichen Bürokratie-Wachstum?

Eine Ursache in der öffentlichen Verwaltung ist die fehlende Motivation. Bürokratie abzubauen, hieße nämlich, Tätigkeitsgebiete abzugeben – und dies würde in der Folge bedeuten nicht nur Planstellen und das zur Verfügung stehende Budget reduzieren zu müssen, sondern auch die Bedeutung der Behörde zu verkleinern.

Ein weiterer Grund für das Anwachsen der Bürokratie ist der Impuls in der Politik, vermeintlich neuen Problemen mit immer neuer Regulierung zu begegnen, welche Bürokratie nach sich zieht.

Zudem besteht ein deutlich geringer Anreiz, überholte Regulierungen wieder abzuschaffen, weil die mit einer Entbürokratisierung verbundenen Vorteile erstens breit gestreut sind, zweitens im Einzelfall wenig spürbar sind und drittens sich oft erst mit zeitlicher Verzögerung einstellen.

Wie lässt sich Bürokratie reduzieren?

Eine sinnvolle Idee wäre es, zunächst einmal in den nächsten drei Jahren mit einem Moratorium dafür zu sorgen, dass keine neuen Regulierungen und keine neue Bürokratie in Deutschland beschlossen werden.

Zweitens sollte man sich entschlossen auf den Abbau von Regulierung und Standards konzentrieren.

Und drittens sollte die Möglichkeit der „sunset legislation“ – also der Etablierung von Verfallsdaten für Regulierungen einschließlich der Evaluation der Regulierung – viel stärker als bisher in Betracht gezogen werden.

Fazit: Bürokratieabbau ist wichtig, um in Unternehmen personelle, finanzielle und sachliche Ressourcen freizusetzen und Kerngeschäfte weiterzuentwickeln.

Der Abbau überflüssiger Bürokratie stärkt also Unternehmen, begrenzt die Staatsausgaben für die öffentliche Verwaltung und beschleunigt die Umsetzung wichtiger politische Zukunftsprojekte wie die öffentliche Infrastruktur und Digitalisierung.

Insofern ist ein konsequent vorantriebener Bürokratieabbau einer der wichtigsten Wirtschaftsmotoren, der uns zur Verfügung steht.

7. Von den Besten lernen!

Politik muss keine Wunder vollbringen und Neues aus dem Nichts erschaffen. Manchmal reicht auch der Blick über den Tellerrand, um bestimmte Erfolgsmuster zu erkennen und zu analysieren, inwieweit Erfolge im Ausland auf Deutschland übertragen werden können. Drei Beispiele sollen motivieren, von den Besten zu lernen.

Beispiel Niederlande: Qualifizierte Fachkräfte aus dem Ausland gewinnen



Schon lange locken die meisten Industrieländer ausländische Fachkräfte mit Steuererleichterungen an. Einer aktuellen Studie der OECD, der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Juni 2024), zufolge bieten 24 ihrer 38 Mitgliedsländer qualifizierten Einwanderern finanzielle Anreize an.

Die Mehrheit der Staaten offeriert für eine bestimmte Zeit einen Nachlass bei der Einkommensteuer für zugewanderte Fachkräfte: Das fängt bei 30 Prozent an, in manchen Ländern ist der Steuernachlass noch größer.

In den Niederlanden bleiben für hochqualifizierte Ausländer mit einem Gehalt von mindestens 70.000 Euro 30 Prozent des Einkommens fünf Jahre lang unbesteuerter.

Laut dem von der niederländischen Regierung in Den Haag beauftragten Forschungsinstitut SEO Amsterdam Economics wirkt sich die Steuerbefreiung von 30 Prozent positiv aus: Dem Land gelingt es dadurch, die freien Stellen mit ausländischen Experten erfolgreich zu besetzen.

Steuerliche Anreize für Fachkräfte sind in Europa weit verbreitet.

Zwar wären einige Migranten wohl auch ohne das steuerliche Lockmittel gekommen, andere aber hatten sich gerade wegen der Steuerbefreiung für die Niederlande entschieden.

So weit – so riskant. Denn dem Forschungsinstitut SEO zufolge erhöht die finanzielle Bevorteilung der Ausländer die Ungleichheit im Vergleich zu Inländern. Zudem wird die Progressivität der Steuersysteme ausgehöhlt.

Trotzdem sind steuerliche Anreize für Fachkräfte in Europa weit verbreitet. In Frankreich können sich aus dem Ausland zugezogene Spitzenkräfte bis zu 30 Prozent ihres Gehalts von der Steuer befreien lassen. Außerdem müssen bestimmte ausländische Kapitaleinkünfte nicht versteuert werden.

In Schweden versteuern ausländische Wissenschaftler und Experten seit Anfang 2024 sieben Jahre lang nur 75 Prozent ihres Gehalts, wenn ihr Bruttogehalt mindestens 9.700 Euro pro Monat beträgt.

Griechenland scheint die friedlichste Lösung gefunden zu haben: Das Land setzt zwar auf Anreize wie eine 50-prozentige Steuererleichterung für sieben Jahre. Allerdings gilt sie nur für hochqualifizierte Ausländer, die mindestens zwei Jahre bleiben müssen und die einen neu geschaffenen Arbeitsplatz einnehmen. So wird verhindert, dass die Zuwanderer mit Steuervorteilen den Einheimischen bestehende Arbeitsplätze wegnehmen.

Abb. 15 | Vergleich internationale Schülerleistung
Durchschnittliche Punktzahl 2022

	Mathematik	Lese-kompetenz	Naturwissen-schaften		Mathematik	Lese-kompetenz	Naturwissen-schaften
OECD-Durchschnitt	472	476	485	Slowenien	485	469	500
Singapur	575	543	561	Finnland	484	490	511
Japan	536	516	547	Lettland	483	475	494
Südkorea	527	515	528	Schweden	482	487	494
Estland	510	511	526	Neuseeland	479	501	504
Schweiz	508	483	503	Litauen	475	472	484
Kanada	497	507	515	Deutschland	475	480	492
Niederlande	493	459	488	Frankreich	474	474	487
Irland	492	516	504	Spanien	473	474	485
Belgien	489	479	491	Ungarn	473	473	486
Dänemark	489	489	494	Portugal	472	477	484
Großbritannien	489	494	500	Italien	471	482	477
Polen	489	489	499	Vietnam	469	462	472
Österreich	487	480	491	Norwegen	468	477	478
Australien	487	498	507	Malta	466	445	466
Tschechische Republik	487	489	498	USA	465	504	499

Quelle: Statistisches Bundesamt (2024).

Beispiel Estland: Bildung so früh wie möglich – individuell und flexibel



Bei der Bildung steht das kleine Estland ganz vorne auf der Liste der Besten in Europa. Zumindest wenn es nach der Pisa-Studie geht – und auch im internationalen Ranking liegt Estland nur hinter Singapur, Japan und Südkorea.

Der Clou bei Estlands Schulsystem ist: Die meisten Kinder kommen im Alter von sieben Jahren in die erste Klasse. Davor besuchen sie fast alle einen Kindergarten, der sie auf das Lernen in der Schule vorbereitet. Bis zur neunten Klasse lernen alle gemeinsam. Bis dahin gibt es in einigen Fächern die Möglichkeit, in eine Gruppe mit einem höheren oder niedrigeren Niveau zu kommen.

Erst dann setzt das Leistungsprinzip an. Aber für alle gilt: Schulbücher, der Transport zur Schule und das Mittagessen sind für die Kinder umsonst.

Das Ziel Estlands ist, Bildung für alle zu ermöglichen – unabhängig von sozialen Unterschieden. Natürlich steht auch digitale Bildung auf dem Lehrplan. Und: Künstliche Intelligenz ist selbstverständlich im Unterricht als Thema integriert.

Beispiel Südkorea: Vorbild bei E-Government und digitaler Infrastruktur



Weit voraus ist uns in Sachen Digitalisierung Südkorea – vor allem im E-Government. Seit über 30 Jahren digitalisiert das Land seine Verwaltung. E-Government ist Teil der Industriestrategie.

Südkoreas großer Vorteil: Unter den großen Industrienationen besitzt das Land die schnellsten Mobilfunknetze und die meisten Nutzer. Seoul öffentliches Breitbandnetz ist mehr als 4.000 Kilometer lang.

Ein wichtiger Faktor ist zudem, dass die Zentralregierung mit den regionalen und lokalen Behörden sehr gewissenhaft zusammenarbeitet. Auch Industrie-Unternehmen und Wissenschaftler sind in das gesamte Projekt integriert. Vorbildlich!

Beispiel Skandinavien Bauen und Wohnen kann günstiger sein



Deutschland ist immer noch eine Nation der Mieter. Es gibt kein Land in der Europäischen Union, in dem so wenige Menschen über Wohneigentum verfügen. Die Wohneigentumsquote betrug 2022 nach Zahlen des Statistischen Bundesamts 41,8 Prozent.

Dabei bietet Wohneigentum viele Vorteile: Wohneigentum dient als Altersvorsorge, führt zu einer gleichmäßigeren Vermögensverteilung und schützt vor Mietanstiegen und Verdrängung.

Dennoch stagniert die Wohneigentumsbildung in Deutschland – gerade auch bei jüngeren Haushalten. Ihnen fehlt schlicht das notwendige Eigenkapital, um Erwerbsnebenkosten bedienen zu können und um sich für einen Immobilienkredit zu qualifizieren.

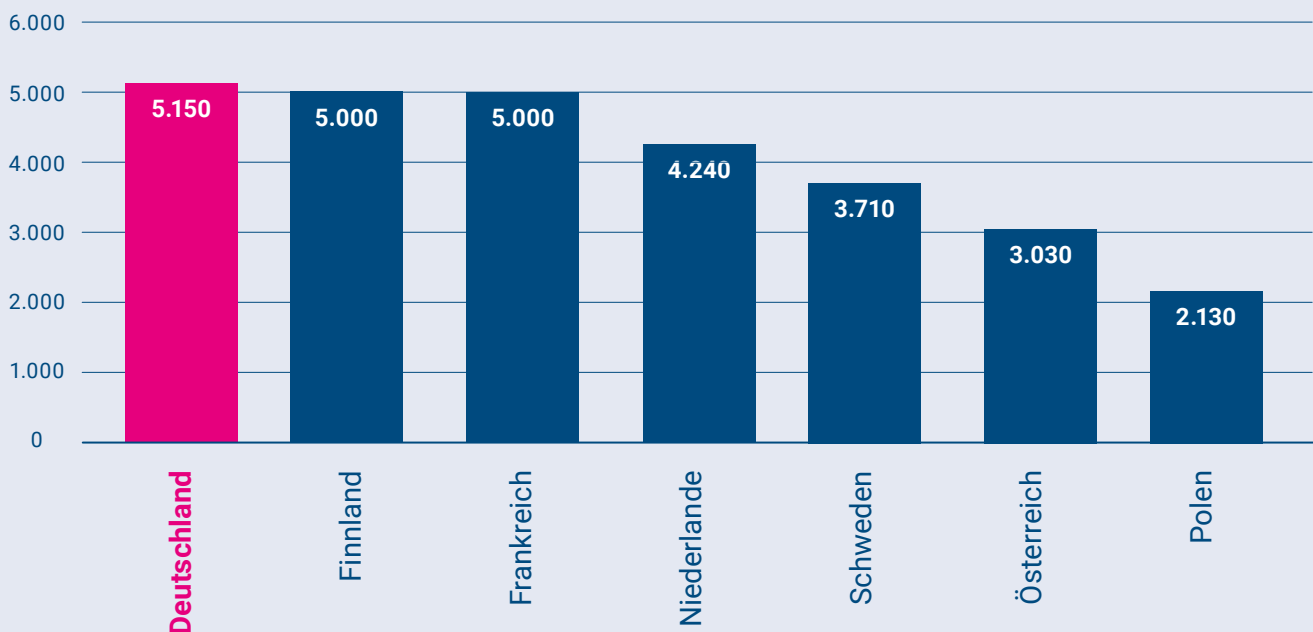
Was machen andere Länder besser als Deutschland? Skandinavien, Irland und die Niederlande haben sehr niedrige Grunderwerbssteuern, die die Haushalte nur wenig belasten. Großbritannien, Belgien und Frankreich haben zwar insgesamt etwas höhere Sätze, differenzieren aber stärker und unterstützen so vor allem Haushalte, die erstmals oder

günstige Immobilien kaufen. Dies wird ermöglicht durch Freibeträge bei der Grunderwerbsteuer oder einen Stufentarif wie in Großbritannien.⁴

Auch in Deutschland wäre eine grundlegende Reform der Grunderwerbsteuer denkbar. So könnte man neben einen Freibetrag auch über einen Stufentarif oder eine progressive Besteuerung nachdenken. In diesem Fall werden Haushalte, die kleine und günstige Wohnungen kaufen, besonders stark entlastet.

Doch nicht nur beim Thema Wohneigentum kann Deutschland von anderen Ländern lernen – auch bei den Baukosten: In den vergangenen 20 Jahren sind diese hierzulande um rund 80 Prozent gestiegen. Dies liegt zum einen an höheren Material- und Personalkosten, aber auch an den vielen zusätzlichen Vorschriften und Normierungen.⁵

Abb. 16 | Wohnneubaukosten in Europa 2023
Angaben in Euro pro Quadratmeter



Quelle: CBRE Group, ZIA (2023).

Niederlande reduziert Vorschriften der Bauordnung

In den Niederlanden konnte man sich erfolgreich gegen den Trend steigender Baukosten wehren. Dies ist kein Zufall: Die dortige Bauordnung wurde im Jahr 2003 komplett überarbeitet und die Zahl der Vorschriften drastisch reduziert.

Gleichzeitig setzt die niederländische Bauordnung lediglich auf Zielvorgaben. Beispiel Energieeffizienz: Zwar gibt es in den

Niederlanden konkrete Einsparziele, die von den Bauherren erreicht werden müssen. Mit welchen Maßnahmen diese Ziele erreicht werden, bleibt jedoch den Bauherren selbst überlassen.

Auf diese Weise wird das Innovationspotenzial der Bauwirtschaft aktiviert, denn es besteht ein Anreiz, die vorgeschriebenen Ziele möglichst kosteneffizient zu erreichen. Diese Erfahrung zeigt: Es gibt Wege, die Krise auf dem Wohnungsmarkt zu beenden.

Über den Autor



Prof. Dr. Justus Haucap

geb. 1969 in Quakenbrück (Niedersachsen), ist Direktor des Düsseldorfer Instituts für Wettbewerbsökonomie (DICE) an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf. Von 2006 bis 2014 war er zudem Mitglied der Monopolkommission der Bundesregierung, davon vier Jahre als Vorsitzender (2008-2012). Professor Haucap ist Mitglied der Deutschen Akademie der Technikwissenschaften (acatech) sowie der Nordrhein-Westfälischen Akademie der Wissenschaften und der Künste. Mit Professor Lars Feld betreibt er seit 2021 gemeinsam den Podcast „Feld & Haucap – das Ökonomie Briefing“.

